

AfD Sachsen-Anhalt | Schönebecker Str. 11-13 | 39104 Magdeburg

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.

Leiterstraße 6

39104 Magdeburg

nur per E-Mail: friederike.ewald@landesfrauenrat.de

Magdeburg, den 29. Juni 2026

Beantwortung: Wahlprüfsteine des Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 15. Juni 2026, die wir hiermit gern beantworten. Die Beantwortung Ihrer Wahlprüfsteine erfolgt dabei federführend durch Herrn Dr. Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretenden Vorsitzenden und leitenden Programmdirektor der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ohne Weiteres gehen wir davon aus, dass wir unsere Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen parallel in unseren eigenen Veröffentlichungen (online) abbilden dürfen.

Im Falle von Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Patrick Harr

AfD Sachsen-Anhalt

Pressestelle

Antworten der Partei Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt zu den Wahlprüfsteinen des Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026

I. Rahmenbedingungen für Gleichstellungsarbeit

Ihre These: Die Gleichstellungspolitik in Sachsen-Anhalt ist institutionell verankert und wird bereits als ressortübergreifende Aufgabe verstanden. Das Land verfügt über mehrere Strategien und Instrumente, die darauf abzielen, Gleichstellung in unterschiedlichen Politikfeldern zu verankern. Dazu zählen insbesondere der regelmäßig vorgelegte Frauenförderbericht sowie ressortübergreifende Maßnahmenprogramme. Der 10. Frauenförderbericht (2020–2024) zeigt, dass in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt wurden, etwa bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der stärkeren Berücksichtigung von Gleichstellung in der Personalentwicklung der Landesverwaltung. Gleichzeitig macht der Bericht deutlich, dass strukturelle Defizite fortbestehen: So sind Frauen* trotz hoher Beschäftigtenanteile weiterhin in Führungs- und Entscheidungspositionen unterrepräsentiert, und die Umsetzung gleichstellungspolitischer Ziele variiert deutlich zwischen den Ressorts. Gleichstellung ist damit zwar formal verankert, aber noch nicht durchgängig als verbindliches Steuerungsprinzip etabliert. Um Gleichstellung stärker als Querschnittsaufgabe zu verankern, wurde in Sachsen-Anhalt eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Gleichstellung“ eingerichtet. Diese hat im Jahr 2023 ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket mit 24 Einzelmaßnahmen beschlossen, das anschließend vom Kabinett bestätigt wurde. Die Maßnahmen decken ein breites Spektrum ab, darunter den Arbeitsmarkt, die Gesundheit, Gewaltprävention, politische Teilhabe und Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit. Trotz dieser Ansätze bleibt die zentrale Herausforderung bestehen, Gleichstellungspolitik nicht nur programmatisch, sondern verbindlich, systematisch und überprüfbar in allen Politikfeldern umzusetzen. Bislang fehlt es an klaren Steuerungsmechanismen, einheitlichen Zielvorgaben sowie an einem konsistenten Monitoring, das Fortschritte messbar macht und ressortübergreifend vergleichbar abbildet. Insgesamt zeigt sich, dass die bestehenden Instrumente wichtige Grundlagen schaffen, jedoch noch keine durchgängig wirksame, verbindliche Gesamtstrategie für Gleichstellung in Sachsen-Anhalt darstellen. Dies betrifft insbesondere die Verzahnung einzelner Maßnahmen, die Ressourcenausstattung sowie die institutionelle Verbindlichkeit gleichstellungspolitischer Ziele.

- 1. Frage:** Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um eine ressortübergreifende, verbindliche Gleichstellungsstrategie für Sachsen-Anhalt umzusetzen?

Antwort: Wir befürworten die Gleichberechtigung als die rechtliche Gleichbehandlung von Mann und Frau und den Ausschluss geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Gleichstellung jedoch geht darüber hinaus und fordert eine tatsächliche Gleichheit von Männern und Frauen in allen nur erdenklichen Beziehungen. Gleichberechtigung gibt gleiche Rechte, wogegen nichts einzuwenden ist. Gleichstellung macht gleich. Männer und Frauen aber sind nicht gleich, sondern unterscheiden sich in vielerlei Beziehung, nicht zuletzt in den Berufswahlpräferenzen. Wir wollen diese in Freiheit ausgelebten Unterschiede nicht bekämpfen und einebnen, sondern voll zur Geltung kommen lassen. Statt Geschlechterquoten für bestimmte Berufe brauchen wir bei mehr Elterngeld, um den Frauen, die das aus freien Stücken wollen, die Entscheidung für die Familie zu ermöglichen. Kinderziehungszeiten müssen bei der Rente stärker berücksichtigt werden. Das Ehegattensplittung ist beizubehalten und auszubauen. Wir werden die Gleichstellungspolitik wieder auf ein vernünftiges Maß an Gleichberechtigung zurückfahren. Der Staat darf keine Rollenmuster und Lebensmodelle vorgeben, sondern soll Bedingungen schaffen, in denen jeder sein Leben so entwerfen kann, wie er es für richtig hält.

II. Daseinsvorsorge für Frauen* in Sachsen-Anhalt

Ihre These: Sachsen-Anhalt steht vor erheblichen Herausforderungen infolge des demografischen Wandels. Der anhaltende Bevölkerungsrückgang – bedingt durch niedrige Geburtenraten und die Abwanderung insbesondere junger Frauen* – wirkt sich zunehmend auf Arbeitsmarkt, soziale Infrastruktur und die Daseinsvorsorge aus, vor allem im ländlichen Raum. Parallel dazu ist ein deutlicher Rückbau der geburtshilflichen Versorgung zu beobachten. Die Halbierung der Geburtskliniken seit 1991 führt zu längeren Versorgungswegen und verstärkt regionale Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Besondere strukturelle Belastungen bestehen für Alleinerziehende, die überwiegend Frauen* sind. Sie tragen in hohem Maße Verantwortung für Erwerbs- und Sorgearbeit und sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Ein wesentlicher Faktor ist dabei der unzureichend gesicherte Kindesunterhalt. Zwar stellt der Unterhaltsvorschuss eine wichtige staatliche Leistung dar, jedoch zeigt die geringe Rückgriffsquote, dass ein Großteil der Mittel nicht von unterhaltspflichtigen Elternteilen zurückgeführt werden kann. Zudem führen bestehende Zugangsvoraussetzungen – insbesondere für Kinder ab 12 Jahren – zu zusätzlichen Einschränkungen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen besteht erheblicher Handlungsbedarf, um gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen, soziale Ungleichheiten abzubauen und insbesondere Frauen* sowie Familien im ländlichen Raum nachhaltig zu entlasten.

2. **Frage:** Was werden Sie zur Vermeidung und Bekämpfung von Frauen*armut, insb. von alleinerziehenden Frauen*, unternehmen?

Antwort: Wir planen eine spürbare Entlastung von Familien mit Kindern, was auch und gerade Alleinerziehenden zugutekommt. Von kostenlosem Schulessen und kostenfreier Kita profitieren auch Alleinerziehende. Abgesehen davon gilt, dass Armut Männer wie Frauen trifft. Der beste Weg, Armut zu vermeiden, ist eine kluge Wirtschaftspolitik. In diesem Sinne wollen wir die Klima- und Energiewendepolitik beenden und alle CO₂-Abgabe und Sondersteuern so weit wie möglich senken oder abschaffen, was gerade auch den privaten Konsum massiv entlasten wird.

3. **Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten, insbesondere in Hinblick auf die Geburtshilfe?

Antwort: Deutschland leidet unter einer sinkenden Geburtenrate. Der Geburtenrückgang hat mittlerweile existenzgefährdende Ausmaße erreicht. Die Versorgung Gebärdender ist deshalb eines der Hauptanliegen unserer Politik. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Beruf der Hebamme attraktiver wird, dass insbesondere die hohen Versicherungskosten selbständiger Hebammen gemindert werden und ein ausreichend dichtes Netz an Geburtskliniken gegeben ist.

III. Gleichstellung von Frauen* und Männern* in der Arbeitswelt

Ihre These: Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt bestehen auch in Sachsen-Anhalt fort, insbesondere in der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. So liegt der Gender Pay Gap bei rund 4 %. Zudem sind Frauen* deutlich häufiger in Teilzeit beschäftigt und überdurchschnittlich oft in geringfügiger Beschäftigung vertreten. Gleichzeitig leisten sie im Schnitt rund 44 % mehr unbezahlte Care-Arbeit. Diese strukturellen Unterschiede wirken sich unmittelbar auf Einkommen, soziale Absicherung und berufliche Entwicklung aus. Besonders sichtbar wird dies im sogenannten „Leaky-Pipeline“-Effekt: Frauen* sind im Bildungssystem erfolgreicher – sie stellen etwa 56 % der Abiturient*innen und die Mehrheit der Hochschulabschlüsse – sind jedoch in höheren Karrierestufen deutlich unterrepräsentiert. So liegt ihr Anteil an Professuren bei nur rund 25 % und an Führungspositionen insgesamt bei etwa 34 %. Insgesamt zeigt sich, dass strukturelle Rahmenbedingungen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* am Arbeitsmarkt weiterhin deutlich einschränken.

4. **Frage:** Wie adressieren Sie geschlechterstereotype Berufsrollenbilder und deren Einfluss auf die Berufswahlentscheidung?

Antwort: Solange sich Berufsrollenbilder in einer freiheitlichen Gesellschaft unter Bedingungen strikter Gleichberechtigung ergeben, sind sie Ausdruck des freien Lebens der Gesellschaft und insofern durch die Politik zu tolerieren. Die Politik hat keine Rollenvorgaben zu machen, sondern jedem zu ermöglichen, dass er die Rolle ergreifen kann, die er ergreifen will.

5. **Frage:** Wie wollen Sie sorgende Personen unterstützen und welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Care-Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen?

Antwort: Anstatt immer mehr Aufgaben der Familie staatlichen Institutionen zu übertragen und diese zu überfordern, müssen wir die Familien stärken und in die Lage versetzen, ihre originären Aufgaben besser zu erfüllen. Dazu gehört die Erziehung der Kinder und die Pflege der Alten. Wer Kinder erzieht oder Alte pflegt, muss durch Elterngeld und Pflegegeld deutlich besser als bislang unterstützt werden. Außerdem muss die Kindererziehung angesichts der Bedeutung von Kindern für unser umlagefinanziertes Rentensystem durch Rentenpunkte deutlich besser angerechnet werden als bislang. Die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit und der Minijobs sind auszubauen.

6. **Frage:** Welche Schritte planen Sie, um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie die Betreuungssituation für zu pflegende Personen zu verbessern?

Antwort: Siehe die Antwort auf Frage 5.

IV. Parität & politische Repräsentanz

Ihre These: Frauen* sind in politischen Entscheidungsstrukturen in Sachsen-Anhalt weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen, liegt ihr Anteil im Landtag bei unter 30 % und auf kommunaler Ebene sogar bei unter 20 %. Auch in Führungsfunktionen führt sich diese Ungleichverteilung fort. Die Ursachen liegen in strukturellen Barrieren entlang des gesamten politischen Prozesses: Frauen* sind bereits bei der Kandidat*innenaufstellung und auf aussichtsreichen Listenplätzen unterrepräsentiert. Gleichzeitig nimmt ihr Anteil mit wachsender Entscheidungsmacht – auch im öffentlichen Dienst und in zentralen Gremien – deutlich ab. Insgesamt verweist dies auf ein strukturelles Demokratiedefizit. Die Herstellung gleichberechtigter politischer Teilhabe, etwa durch paritätische

sche Besetzungen, bleibt daher eine zentrale gleichstellungspolitische Herausforderung.

7. **Frage:** Welche konkreten Anstrengungen unternehmen Sie innerhalb Ihrer Partei, um Frauen* mehr Zugang zu politischen Ämtern zu ermöglichen, und haben Sie dafür konkrete Zielvereinbarungen?

Antwort: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jede Frau kann für jedes Amt kandidieren. Da Frauen aus freien Stücken seltener kandidieren als Männer genießen sie dann, wenn sie sich für eine Kandidatur entscheiden, besondere Unterstützung.

8. **Frage:** Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die politische Teilhabe von Frauen* und die Vertretung von deren Anliegen im parlamentarischen Prozess stärken?

Antwort: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jede Frau kann für jedes Amt kandidieren. Wir sehen keinen Handlungsbedarf.

V. Gewaltschutz und Antidiskriminierung

Ihre These: Geschlechtsspezifische Gewalt stellt auch in Sachsen-Anhalt ein zentrales gesellschaftliches Problem dar. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeigt für das Jahr 2025 erneut eine besorgniserregende Entwicklung: Während die Gesamtkriminalität leicht rückläufig ist, nahmen Fälle häuslicher Gewalt um 5,1 % zu.¹² Auch im Bereich der sexualisierten Gewalt ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, etwa bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+14,1 %). Die polizeilich erfassten Zahlen bilden jedoch lediglich das sogenannte „Hellfeld“ ab. Aktuelle bundesweite Dunkelfeldstudien zeigen, dass ein Großteil der Gewalttaten nicht angezeigt wird: Die Anzeigequote liegt bei vielen Gewaltformen unter 10 %, bei partnerschaftlicher Gewalt teilweise sogar deutlich darunter. Gewalt gegen Frauen* und geschlechtsspezifische Diskriminierung bleiben daher in erheblichem Umfang unsichtbar. Gewalt und Diskriminierung betreffen dabei alle gesellschaftlichen Gruppen, Altersklassen und Lebenslagen. Sie äußern sich in unterschiedlichen Formen – von häuslicher und sexualisierter Gewalt über Stalking und Bedrohungen bis hin zu digitaler Gewalt. Insbesondere im digitalen Raum nehmen entsprechende Übergriffe weiter zu und betreffen Frauen* überproportional häufig. Zudem steigt die Zahl antifeministischer und geschlechtsbezogener Angriffe. Die Meldestelle Antifeminismus berichtete von einem Anstieg um 50 % entsprechender Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr. Das Hilfesystem in Sachsen-Anhalt ist grundsätzlich breit aufgestellt: Es umfasst ein landesweites Netz aus Frauenhäusern, Beratungsstellen und spezi-

alisierten Unterstützungsangeboten. Gleichzeitig berichten Fachstellen von einer hohen Auslastung und steigenden Fallzahlen, wodurch der Bedarf an Schutz- und Beratungsangeboten weiter wächst – insbesondere für besonders vulnerable Gruppen. In den vergangenen Jahren wurden wichtige Fortschritte im Gewaltschutz erreicht. Dazu zählen unter anderem die Einführung eines polizeilichen Hochrisikomanagements, der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die Stärkung des Opferschutzes sowie Investitionen in einen barrierearmen Gewaltschutz, etwa durch den Ausbau eines barrierearmen Frauenschutzhauses und das Modellprojekt mit ein Team zu digitaler Gewalt. Gleichzeitig zeigt die Entwicklung deutlich, dass geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung keine Randphänomene sind, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheiten. Sie wirken sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen aus und erfordern weiterhin umfassende Maßnahmen in Prävention, Schutz und Sensibilisierung.

9. **Frage:** Wie wollen Sie ein flächendeckendes barrierearmes Hilfesystem in Sachsen-Anhalt im Sinne des Gewalthilfegesetzes etablieren, das für alle Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt zugänglich ist?

Antwort: Wir müssen generell dafür sorgen, dass die grassierende Gewaltkriminalität zurückgedrängt wird. Da die meiste Gewalt von illegalen Einwanderern ausgeht, brauchen wir eine Abschiebeoffensive, wie wir sie ins Werk setzen wollen. Sodann muss die Polizei sich auf die Bekämpfung echter Kriminalität konzentrieren, statt wertvolle Kapazitäten mit der Verfolgung von Bürgern mit falscher Meinung zu vergeuden. Die Verfolgung der Gewalt muss sich nach ihrer Schwere richten, nicht nach der mutmaßlichen Motivation.

10. **Frage:** Was werden Sie tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und rassistischen, sexistischen und antifeministischen Einstellungen entgegenzuwirken?

Antwort: Der Feminismus stellt selbst eine fragwürdige linke Ideologie dar und kann nicht zum gesellschaftlichen Grundkonsens gerechnet werden. Somit ist die grundsätzliche Kritik am Feminismus eine legitime Einstellung. Was Rassismus und Sexismus angeht, so handelt es sich in der Tat um zu missbilligende Haltungen, allerdings haben die damit verbundenen Probleme kein solches Ausmaß erreicht, dass politischer Handlungsbedarf bestünde, im Gegenteil. Die beispielsweise mit „Rassismus“ verbundenen Probleme werden systematisch aufgebauscht, um mithilfe des „Rassismus“-Vorwurfs legitime patriotische Einstellungen bekämpfen zu können. Wir werden diesem Spiel ein Ende bereiten und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhang stärken.

- 11. Frage:** Welche gesetzgeberischen Maßnahmen möchten Sie voranbringen, um digitale Gewalt zu verhindern und Angebote für Betroffene und Fachkräfte des Hilfesystems nachhaltig zu implementieren?

Antwort: Schon jetzt gilt, dass eine Beleidigung im Netz genauso eine Beleidigung ist wie in der realen Welt. Digitale Straftaten werden genauso verfolgt wie anderen Straftaten auch. Wir sehen keinen Handlungsbedarf.